

erfaßten Problem des »Maximalismus«, dessen städtische und agrarische Komponenten er zu unterscheiden sucht und dessen wichtigstes Charakteristikum er in einer Mentalitätsstruktur zu erkennen glaubt, die es als »Ethnologie der ländlichen Welt Italiens« (S. 225) überhaupt erst zu erforschen gilt. Man darf nach dieser Kostprobe auf den demnächst erscheinenden zweiten Band seines Lebenswerkes »Il dopoguerra in Italia e l'avvento del fascismo« gespannt sein.

Jens Petersen

Paolo Spriano, Intervista sulla storia del PCI, a cura di Simona Colarizi
(= Saggi tascabili Laterza 57), Laterza, Bari 1979, 239 S., Lit. 3 000.

Der Band bietet eine sozusagen »hausinterne« Debatte: Zwei Historiker diskutieren über die Schwierigkeiten ihres Metiers, im Zusammenhang mit der Geschichte der italienischen Linken im 20. Jahrhundert. Spriano, »der bedeutendste Historiker des italienischen Kommunismus« (Avanti, 26. I. 1979), Autor u. a. einer inzwischen in mehr als 100 000 Exemplaren verbreiteten fünfbändigen Geschichte des *Partito Comunista Italiano* (PCI), stellt sich den Fragen der dem *Partito Socialista Italiano* nahestehenden S. Colarizi. Spriano kommt vom liberalen Antifaschismus her. In der Resistenza hatte er in den militärischen Formationen der Aktionspartei gekämpft, die eine Synthese zwischen Sozialismus und Liberalismus suchte. Im Hause des liberalen antifaschistischen Märtyrers Piero Gobetti, über den er dann promovierte, war er aus- und eingegangen. 1946 schloß er sich dann dem PCI an. Trotzdem ist diese Herkunft aus dem radikalliberalen antifaschistischen Turiner Milieu bedeutsam. Sie erklärt teilweise die Offenheit Sprianos auch gegenüber nichtkommunistischen Positionen. Das Interview enthält interessante Aufschlüsse darüber, warum der PCI Anfang der sechziger Jahre auf die bis dahin weitgehend geübte Instrumentalisierung seiner eigenen Geschichte verzichtete und sich der historischen Forschung und Kritik stellte. Diese »Flucht nach vorn« hat zu dem Ergebnis geführt, daß über die Geschichte dieser Partei heute weit mehr fundierte Studien existieren als über irgendeine andere kommunistische Partei des Westens. Kritiker wie R. Guarini sprechen dieser Flut von PCI-naher Literatur gegenüber geradezu von »mikrohistoriographischer Obsession« und von einem »Terrorismus der Quantität«. Es ist in der Tat kaum zu bezweifeln, daß ein beträchtlicher Teil der in Italien vorhandenen zeitgeschichtlichen Forschungskapazitäten in den letzten zwei Jahrzehnten von der Geschichte des PCI okkupiert worden sind.

Spriano hat seine Forschungen auf zwei Quellenbeständen aufgebaut, zum einen auf dem Anfang der sechziger Jahre aus Moskau zurückgekehrten Archiv des PCI (heute bis 1945 auch unbeschränkt der nichtkommunistischen Forschung zugänglich, so jedenfalls Spriano, S. 14) und zum zweiten auf den faschistischen Polizeiakten. Spriano, selbst heute Mitglied des Zentralkomitees seiner Partei, postuliert die völlige Unabhängigkeit seiner Forschungen von irgendwelchen Kontrollen oder Auflagen von seiten der Partei. In der Tat haben seine Veröffentlichungen z. T. massive parteiinterne Kritik hervorgerufen. Gegenüber dem Einwand, er habe bei seinen Untersuchungen die Parteiaktivisten und die Massen vernachlässigt, vertritt er die Auffassung, daß »die Geschichte jeder modernen politischen Partei im Kern eine Geschichte ihrer Führungsgruppe ist«. (S. 19). Das Interview behandelt alle großen Kontroversen der PCI-Geschichte, von den »roten zwei Jahren«, der Spaltung von Livorno 1921, der Faschismusdeutung, der »eisernen Bindung« an die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale, dem Problem des Stalinismus bis hin zur »Wende« von 1930, der Sozialfaschismusproblematik und der Volksfrontpolitik nach 1935. Große Aufmerksamkeit gilt auch den Umbruchjahren 1943 bis 1947, der Herausbildung, Etablierung und erneuten Auflösung des antifaschistischen Allparteienbündnisses. Die behandelten Themen reichen bis in die siebziger Jahre. Der Band bietet somit eine Auseinandersetzung Sprianos mit seinen Kriti-

kern und eine skizzenhafte Fortsetzung seiner bis 1948 reichenden PCI-Geschichte. Die holzschnittartige Zuspitzung seiner mündlich formulierten Thesen und der zeitlich weiter gespannte Rahmen machen das Interview zu einer höchst nützlichen Einführung in das Gesamtwerk Sprianos.

Jens Petersen

Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 — 1920* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 63), Droste Verlag, Düsseldorf 1978, 532 S., kart., 84 DM.

In treffsicherer Prägnanz komprimiert bereits der Titel die zentralen Thesen und Argumentationslinien der neuesten Untersuchung Susanne Millers, die als Fortsetzung ihrer vor einigen Jahren erschienenen Studie über die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg gedacht ist. Die knappe zeitliche Begrenzung ergibt sich aus der Fragestellung der Autorin, die der Politik der SPD in der Regierungsverantwortung vom Eintritt in das letzte kaiserliche Kabinett Max von Badens bis zum Verzicht auf die Regierungsbeteiligung nach der Niederlage in den Reichstagswahlen vom Juni 1920 nachzugehen sucht. Die akribische Auswertung der umfangreichen Quellen und die breitgefächerte Analyse fast aller Problemfelder der Regierungspolitik nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zielen nicht so sehr auf originelle neue Interpretationen, sondern es soll vor allem eine vorläufige Zusammenfassung der bisherigen, gerade in den letzten Jahren gewaltig expandierten Spezialforschung zur Novemberrevolution geboten werden. Obwohl die Autorin mit ihrem politischen Engagement und teilweise eigener Betroffenheit nicht zurückhält, bleibt ihre Darstellung offen für Kontroversen, die ausführlich vorgestellt werden, und gipfelt sogar in der Übereinstimmung mit den Verdikten der neueren Geschichtsschreibung über die SPD-Politik nach 1918, die »fast ausnahmslos hart« ausfallen. Beiläufig sei angemerkt, daß in der Diskussion der vorhandenen Literatur immer wieder auf Arthur Rosenberg verwiesen wird, dessen nunmehr fünfzig Jahre alten Arbeiten in Susanne Millers Zusammenschau einmal mehr ihre analytische Qualität und Treffsicherheit bestätigen.

Regieren war für die SPD, so die Autorin, nicht die Erfüllung lang ersehnter Ziele, sondern die »bittere Notwendigkeit«, auf die nationale Katastrophe zu reagieren. Diese passive Disposition und praktische Unfähigkeit seien Ergebnis der »traditionalistischen Lähmung« (E. Matthias) der Vorkriegssozialdemokratie gewesen, die einerseits in der Illusion gelebt hatte, daß die sozialistische Zukunft »unvermeidlich« kommen werde, und die andererseits unter der verschwommenen Formel des »Volksstaates« vor allem auf Wahlrechtsreform, parlamentarische Demokratie und Sozialpolitik hinarbeitete. Nur auf diesen Gebieten entwickelte die Parteiführung nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs auch einige Aktivitäten. Ihre Ziele waren Teilhabe und allmähliche Reform, nicht aber Alleinherrschaft oder gar die soziale Revolution. Als Regierungspartei hat die SPD, wie Reichswirtschaftsminister Wissell auf dem ersten Parteitag nach dem Kriege im Juni 1919 konstatierte, nichts weiter getan, als das Programm des Prinzen Max von Baden fortzuschreiben. In panischer Angst vor »russischen Zuständen« suchten Parteispitzen und Regierung gemäß einer stehenden Wendung Eberts lediglich »die Dinge zu halten«. Der Umsturz im November 1918 verlief dann auch unblutig, erst die Enttäuschung über die ausbleibenden Eingriffe in die überkommenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen, der Verzicht auf eine Demokratisierung des alten Verwaltungs- und des Militärapparates führten zur Radikalisierung der Massen, die im Januaraufstand 1919, der »Marneschlacht der Revolution« (Rudolf Hilferding), zum erstenmal eruptiv hervorbrach und sich nun gegen die neuen Machthaber richtete.

Die USPD konnte zwar kurzfristig das Protestpotential der Basis auffangen. Trotz ihres lautstarken Bekenntnisses zur Revolution fehlten ihr aber, wie der SPD, klare politische Ziel-